

Ausgabe Nr. 2, 11/2018

## Abwehrzentrum gegen kriminelle Großfamilien

Berlin plant ein Abwehrzentrum gegen kriminelle Clans, um ein behördenübergreifendes Vorgehen gegen kriminelle Großfamilien abzustimmen. Dabei ist besonders die Bundeshauptstadt belastet, den hier haben über Jahrzehnte hinweg kriminelle arabische Großfamilien eine Parallelwelt aufgebaut. Das Zentrum zur Bekämpfung der Clan-Kriminalität, soll nach dem Vorbild des „Gemeinsamen Terrorabwehrzentrum“ (GTAZ) arbeiten. Dort stimmen Vertreter der Sicherheitsbehörden aus Bund und Ländern bei regelmäßigen Treffen ihr Vorgehen im Umgang mit möglichen Anschlagplänen und islamistischen Gefährdern ab. Ein solches Zentrum wäre aber auch in vielen anderen Städten inzwischen notwendig, denn diese Problematik ist nicht nur auf Berlin reduziert. So gilt z.B. das Ruhrgebiet und besonders die Stadt Essen als Gebiet der Libanesenbanden.



## Proteste gegen UN-Migrationspakt

Quer durch die Republik finden zunehmend Protestkundgebungen gegen den geplanten Beitritt Deutschlands zum UN-Migrationspakt statt. Während in den vorherigen Monaten das Interesse an dem Vorhaben gering war, ist es breiten Internetkampagnen zu verdanken, dass immer mehr Menschen sich gegen das Vorhaben positionieren. Erst kürzlich teilte auch Bulgarien mit, dass es das Abkommen nicht unterzeichnen werde. Eine richtige und wichtige Entscheidung, die aber so leider nicht von Deutschland zu erwarten ist. Daher sind die Proteste gegen das Abkommen notwendig und wir rufen ausdrücklich unsere Mitglieder und Anhänger zur Teilnahme an freiheitlich-konservativen Kundgebungen auf, die überparteilich gegen das Vorhaben mobilisieren.

## Streit um Milliarden-Zahlungen an die Türkei

Die EU-Staaten streiten um die Finanzierung der Milliardenhilfen für Asylanten in der Türkei. Diese sind Teil des Flüchtlingspaktes mit Ankara. Damals hat die Türkei zugesagt, alle neu auf den griechischen Inseln ankommenden Asylbewerber zurückzunehmen und stärker gegen Schlepper vorzugehen.

Die EU sagte im Gegenzug 6 Milliarden Euro für die Versorgung der rund 3,5 Millionen syrischen Flüchtlinge in der Türkei zu. Eine erste Tranche von 3 Milliarden Euro ist inzwischen aufgebraucht und war zu zwei Dritteln durch die Mitgliedstaaten finanziert worden, die dafür zusätzliches Geld an die EU zahlen mussten.

Bereits im Vorfeld hatte der EU-Rechnungshof den Umgang der Türkei mit den Milliardenhilfen kritisiert. Nach einem Bericht würde nicht feststehen, wie die Gelder im vollen Umfang genau verwendet werden.

## Wenn Islamisten zurück nach Deutschland wollen

Es sind nicht nur die Terroristen, die u.a. nach Syrien gingen, um dort zu kämpfen. Sie sind bereits bekannt, als besonders gefährlich eingestuft, alleine aufgrund ihrer Kriegserfahrungen und der damit verbundenen weiteren Enthemmung hinsichtlich der Begehung schwerster Straftaten. Erstmals seit den Anschlägen vom 11. September 2001 hat sich jetzt einer der bekanntesten Islamisten aus Deutschland öffentlich geäußert. Mohammed Haydar Zammar, ein enger Freund der Attentäter um Mohammed Atta, will zurück nach Deutschland. "Ich hoffe, dass die Deutschen, die verantwortlich sind für meine Sache, mit mir reden", teilte er gegenüber der Presse mit. Zammar sagt, er sei in syrischer Haft angeblich immer wieder gefoltert worden.

Er habe bereits den deutschen Beamten, die ihn 2002 im Gefängnis befragt hatten, geschildert, was hier passiert. Er habe sie gebeten, ihm als deutschem Staatsbürger zu helfen, zurück nach Deutschland zu kommen, so der Islamist.

Wir Republikaner sind der Meinung, dass alle rechtlichen Möglichkeiten überprüft werden müssen, um die Staatsangehörigkeit aberkennen und ein Einreiseverbot zu verhängen. Solche Personen stellen eine nicht zu kontrollierende Gefährdung für die gesamte Bevölkerung dar. Insgesamt ist aber auch die Vergabe der Staatsangehörigkeit zu hinterfragen. Immer häufiger werden Islamisten festgestellt, die offenbar gezielt auch die deutsche Staatsangehörigkeit angenommen haben, um die Vorteile des Rechtsstaates für sich in Anspruch zu nehmen.

## Fahrverbote auch auf Autobahn

Das Amtsgericht in Gelsenkirchen hat Fahrverbote in Essen und Gelsenkirchen angeordnet. Betroffen ist erstmalig auch ein Teilstück der Autobahn A40. Für Essen soll das Fahrverbot, für Diesel unter EURO-5 und für Benziner unter EURO-3, ab dem Juli 2019 gelten. Es seien insgesamt 18 der 50 Stadtteile betroffen, darunter befindet sich auch ein Teilstück der viel befahrenen A40. Gegen das Urteil kann das Land NRW noch in Berufung gehen. Sollte das Urteil jedoch rechtskräftig werden, dann wären erstmalig in Deutschland auch Autobahnabschnitte von einem Fahrverbot betroffen.

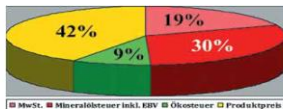
## Abzocke an der Zapfsäule



Wir Bürger und Autonutzer, liebe Politiker, werden 2013 über Eure Zukunft abstimmen.

### „WAHLTAG IST ZAHLTAG“

Wer unsere Existenz und Zukunft verspielt hat, hat in der Politik auch kein Anrecht auf seine Zukunft!!



Was sich die vergangenen Wochen an den heimischen Tankstellen abgespielt hat, führte bei vielen Autofahrern zu berechtigter Wut. Der Preisunterschied zwischen Diesel und Benzin liegt bei neun Cent. Gleichzeitig ist die Steuer bei Dieseldieselkraftstoff aber um 22 Cent geringer als bei Benzin. Eigentlich müsste der Liter Benzin und Diesel deutlich günstiger ausfallen, wie bereits auch der ADAC festgestellt hat. Während der Preis fürs Barrel sinkt, bleiben die Preise an der Tankstelle gleich, denn die Konzerne geben niedrige Preise nicht an den Kunden weiter. Die Mineralölkonzerne erklären, die Transporte von Rohöl und fertigen Kraftstoffen hätten sich aufgrund des Niedrigwassers verteuert. Allerdings herrschen Trockenheit und Dürre in den betroffenen Gebieten bereits seit Monaten, während ein deutlicher bundesweiter Preisanstieg an den Tankstellen erst Anfang Oktober sichtbar wurde.

## Weihnachtsmärkte und die Torgefahr

Die Weihnachtszeit rückt näher und die ersten Städte eröffnen ihre Weihnachtsmärkte. Dabei ist die Stimmung oftmals weniger weihnachtlich geprägt, wenn es um die Betrachtung der notwendigen Sicherheit geht. Metallsperren, Poller, Betonklötze – das gehört in diesem Jahr zum Bild vieler Weihnachtsmärkte. Was nach friedlicher Besinnlichkeit klingt, ist seit zwei Jahren – seit dem Terroranschlag auf einen Berliner Weihnachtsmarkt im Dezember 2016 durch den Islamisten Anis Amri – vor allen Dingen für die Städte ein Sicherheitsrisiko. Rund um die leuchtenden Farben, Lichtern und dem Geruch nach süßem Gebäck oder gewürzten Wein, werden schwere graue Betonblöcke oder Metallkonstruktionen gestellt, teilweise sollen Lastwagen vor den Eingangsbereichen der Märkte quer vor Terrorangriffen mit Fahrzeugen schützen. So wird es auch bei den diesjährigen Weihnachtsbuden zum Beispiel in der Duisburger Innenstadt sein. Die rund 100 Wassertanks gefüllt mit jeweils 1000 Litern Wasser, die damals einen Tag nach dem Anschlag als Provisorium aufgestellt wurden, bieten im Ernstfall nicht genug Schutz.

Der Schutz der Weihnachtsmärkte muss mittlerweile auch zertifiziert werden – vor zwei Jahren hatten die Prüfanstalten Dekra und TÜV mit solchen Sicherungen wenig zu tun, es fehlte an Erfahrung, was den Bereich des Widerstands der Zugangssperren betraf.

Mittlerweile ist aber gewiss, dass die an überdimensionierte Legosteine erinnernden Betonklötze, wie sie z.B. in Düsseldorf eingesetzt werden, zum einen in der Not gar nicht genug Schutz bieten, zum anderen selbst zur Gefahr werden können, wenn sie beim Aufprall eines LKW zum Geschoss werden. Davon aber abgesehen wird die Polizei eine starke Präsenz auf den verschiedenen Weihnachtsmärkten zeigen. Zusätzlich halten Beamte in Zivil auftreten und im weiteren Verlauf durch uniformierte Kräfte unterstützt werden.

Wie sehr sich das Leben inzwischen verändert hat zeigt sich auch daran, wie Stadtplaner empfehlen Bauten zu entwickeln, die eben nicht nur auf die jeweiligen Festtrage beschränkt einsetzbar sind, sondern ganzjährig im Gemeindebild verwendet werden sollen. Dazu gehören Haltestellen, die aus Stahlbeton gebaut werden, oder Sitzbänke, die in den Boden gegossen werden. Sie sollen Schutz vor verschiedenen Anschlagsvorhaben bieten, die in den Köpfen der Islamisten entwickelt wurden. Armes Deutschland, aber diese Entwicklung war vorhersehbar und wurde durch die Altparteien und ihre Zuwanderungspolitik erheblich gefördert.

Spenden für  
Deutschland >



## Spendenkonto:

DIE REPUBLIKANER (REP) Postbank Dortmund,

IBAN:DE6044 0100 4603 8745 0460 BIC: PBNKDEFFXXX

Impressum: DIE REPUBLIKANER - Postfach 87 02 10 - 13162 Berlin - V.i.S.d.P.: Kevin Krieger

## Kontaktaufnahme:

Tel.: 0211 – 995 487 94 oder [kontakt@rep.de](mailto:kontakt@rep.de)

Informieren Sie sich über unsere Arbeit

- Ich möchte mehr über die Partei erfahren.
- Bitte laden Sie mich zu einer Veranstaltung ein.
- Ich möchte Mitglied werden.

## VERANSTALTUNGSKALENDER

Sehen Sie hier einig kleine Übersicht von Veranstaltungen, die nicht abschließend ist

- **Heidelberg:** einmal im Monat. Informationen unter: heidelberg@rep.de oder 0157/30663871.
- **Karlsruhe Land:** Regelmäßige politische Stammtische in verschiedenen Städten des Landkreises. Am 25.11.18 findet das nächste Treffen statt. Weitere Informationen über den Kreisverband: 07254-72375.
- **München:** Stammtisch mit Infoveranstaltung jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Gasthof Zum Goldenen Roß, Rosenheimer Str. 189, 81671 München. Näheres unter: 089/2158367.
- **Erding:** Stammtisch jeden dritten Freitag im Monat ab 19.30 Uhr beim Lindewirt in Erding/Bergham (Nähe S-Bahn-Station Aufhausen). Info unter: lgst@rep-bayern.de
- **Nürnberger Land:** Stammtisch jeden vierten Samstag im Monat ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Goldenen Stern“, Nürnberger Str. 7, 91224 Pommelsbrunn. Infos unter: 01522-2624313.
- **Kissing:** Politischer Stammtisch, jeden ersten Montag. Beginn 19.30 Uhr, Gaststätte Relax't, Peterhofstr.15, 8438 Kissing.
- **Forchheim:** In Forchheim führen die Republikaner einen monatlichen Stammtisch durch. Interessenten melden sich bitte bei Herrn Noffke, Bezirksvorsitzender u. Kreisrat: Tel. 09191/31880.
- **Frankfurt am Main:** Politischer Stammtisch am ersten Dienstag im Monat. Infos unter: 069/522500.
- **Kassel:** Vierwöchentliches Informationstreffen unserer Partei. Infos unter: Tel. 0661/603746,
- **Düsseldorf:** Informationsabend des REP-Kreisverbandes, jeder ersten Freitag im Monat, um 19.30 Uhr. Interessenten können Sie direkt beim Kreisverband melden: duesseldorf@rep.de oder Tel./Fax 0211-6022383.
- **Wuppertal:** Monatlicher Stammtisch, Einladungen erfolgen schriftlich. Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Ruhrstammtisch:** abwechselnd in **Essen, Bochum, Gelsenkirchen**. Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Dortmund:** Monatlicher Informationsabend: Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Ostwestfalen-Lippe:** Jeden ersten Montag im Monat, 19.30 Uhr, Porta Westfalica. Anfragen unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Kreis Viersen:** Monatliche Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Viersen. Infos unter: viersen@rep.de
- **Bautzen:** Monatliche Informationsveranstaltung. Infos unter: sachsen@rep.de oder www.sachsen-rep.de

**BITTE ÄNDERUNGEN ODER WEITERE VERANSTALTUNGEN DER  
BUNDESGESCHÄFTSSTELLE MITTEILEN**





# Antrag auf Mitgliedschaft

Sie können diesen Antrag in Acrobat ausfüllen und dann ausdrucken oder ausdrucken und dann per Hand ausfüllen (bitte in Blockschrift). Den ausgefüllten Antrag senden Sie bitte per Post an folgende Adresse:

DIE REPUBLIKANER(REP)  
Postfach 140407  
40074 Düsseldorf

# Ich bin dabei!

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen der Republikaner und ihrer Satzung. Ich sehe in der Verteidigung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates gegen innere und äußere Feinde eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Das unterstreiche ich durch folgende Erklärung: Ich werde mich stets für folgende Verfassungsgrundsätze besonders einsetzen und sie verteidigen. 1) Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl zu wählen; 2) Die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetzgebung und Recht; 3) Das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition; 4) Die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortung gegenüber der Volksvertretung; 5) Die Unabhängigkeit der Gerichte; 6) Der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft; 7) Die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Tel. (0211) 995 487 94 • Fax (0211) 995 487 13 • bund@rep.de

Titel, Vorname, Nachname \_\_\_\_\_

Straße, Hausnummer \_\_\_\_\_

Postleitzahl \_\_\_\_\_ Wohnort \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_ Telefax \_\_\_\_\_

E-Post \_\_\_\_\_

Konfession / Beruf / Tätigkeit \_\_\_\_\_ Geburtsdatum \_\_\_\_\_

Frühere Parteimitgliedschaft in ... /von > bis; Mitgliedschaft in Gewerkschaften/anderen Vereinen \_\_\_\_\_

Datum / Unterschrift \_\_\_\_\_

Bitte senden Sie mir die Parteizeitung per Post  
 Ich möchte den Infobrief der REPUBLIKANER per E-Post beziehen

Betrag (€ pro Monat) \_\_\_\_\_ Zahlungsart  Überweisung  Lastschrift Zahlungsrythmus  jährlich  halbjährlich

Beitrag mind. **10.00 €** monatlich, bzw. **5 €** für Rentner, Azubis, Studenten und Personen mit geringem Einkommen. Die Aufnahmegebühr beträgt 10 €.

## Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandates

Hiermit ermächtige ich die Republikaner, vertreten durch den empfangsberechtigten Landesverband, widerruflich von unten genanntem Girokonto, die von mir zu entrichtenden Beiträge im Lastschriftverfahren (Bankabbuchung) einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von den Republikanern eingezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basis-Lastschrift werden mich Die Republikaner über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Kreditinstitut \_\_\_\_\_ BIC/Swift-Code \_\_\_\_\_

IBAN \_\_\_\_\_

Datum / Unterschrift \_\_\_\_\_

Aufnahmeantrag angenommen				Interne Bearbeitung
<b>Kreisverband</b>  Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>  _____ Unterschrift	<b>Bezirksverband</b>  Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>  _____ Unterschrift	<b>Landesverband</b>  Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>  _____ Unterschrift	<b>Bundesverband</b>  Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>  _____ Unterschrift	Datum EG  EDV  Ausw.  <b>Mitgl.nr.</b>